

FDP zu Kostensteigerungen im Bereich der ambulanten Hilfen zur Erziehung und bei stationärer Unterbringung junger Mütter

Für die Sitzung am 18. September 2014 wurde dem Stadtrat eine Nachbewilligung im Bereich der Hilfen zur Erziehung in Höhe von insgesamt rd. 8 Mio. Euro zur Beschlussfassung vorgelegt. Der zugehörige Haushaltsansatz steigt von 31,7 Mio. auf fast 40 Mio. Euro. In der Begründung erläutert die Verwaltung den Mehrbedarf u. a. damit, dass im Bereich der ambulanten Hilfen zur Erziehung die Anzahl der in die Hilfen einzubeziehenden Personen bzw. Familienmitglieder steige, während gleichzeitig die Gesamtfallzahl der betreuten Familien konstant bliebe. Durch die Ausweitung des Kreises der einzubeziehenden Personen würden Dauer und Intensität der Hilfen gesteigert. "Es stellt sich deshalb die Frage, welche Ursachen und Gründe für die beschriebene Ausweitung der Hilfsleistung auf einen weiteren Personenkreis verantwortlich sind, insbesondere wieso die Zahl der in die Hilfen einzubeziehenden Personen und damit auch Dauer und Intensität der Fachleistungen steigen, während die Fallzahlen konstant bleiben", so der Jugendpolitische Sprecher der Liberalen, Ratsherr Florian Philipp Ott.

Ebenfalls für die Stadtratssitzung am 18. September soll der Rat über eine Nachbewilligung im Bereich der Hilfen zur Erziehung in Höhe von insgesamt rd. 8 Mio. Euro entscheiden. Der zugehörige Haushaltsansatz steigt von 31,7 Mio. auf fast 40 Mio. Euro. In der Begründung erläutert die Verwaltung den Mehrbedarf unter anderem damit, dass die Fallzahlen der jungen bzw. werdenden Mütter, die gemäß §19 SGB VIII in stationären Einrichtungen untergebracht werden müssen, im Vergleich zu den Vorjahren zugenommen habe.

Eine Auskunft über das genaue Ausmaß dieser Steigerungen und über die Ursachen und Gründe, die dafür seitens der Stadtverwaltung verantwortlich gemacht werden, erfolge nicht. Es stelle sich deshalb hier die Frage, wieso die Fallzahlen in welchem Umfang gestiegen sind und ob diese Steigerung ggf. mit einer allgemeinen Zunahme von Schwangerschaften junger bzw. sehr junger Mütter einhergehe. Außerdem sei es von Interesse zu erfahren, welche vorbeugenden Maßnahmen die Stadt ergreife, um die Fallzahlen nachhaltig zu senken. Zu beidem erbittet die FDP-Fraktion sowohl statistische als auch inhaltliche Aufklärung.

Beide Themenkomplexe sollen in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 1. Oktober durch die Verwaltung erläutert werden.

Beantwortet werden sollte dabei insbesondere die Frage, wieso die Zahl von Müttern und Kindern, die in stationären Einrichtungen untergebracht werden mussten, im Vergleich zu den Vorjahren zugenommen hat und welche Maßnahmen die Stadt ergreift bzw. ergreifen will, um die Fallzahlen nachhaltig zu senken.